

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

27.10.1927 (No. 250)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Versuche der Beruhigung

Mit Ausnahme der Kommunisten hat heute keine einzige Partei in Deutschland ein Interesse daran, die politische Situation in Berlin einer akuten Krise zuzuführen, einer Krise, der die Reichstagsauflösung auf dem Fuße folgen müßte. Reichstagswahlen vor Weihnachten wären außerordentlich unpopulär. Und wir glauben auch kaum, daß die Kräfte der Parteien bereits so gefüllt sind, daß aus ihnen die Kosten eines Reichstagswahlkampfes bestritten werden könnten. Im übrigen erwarten die Sozialdemokraten, daß ihnen mit der Zeit noch manche Wähler zulaufen könnten. Sie sagen sich, daß alle letzten Wahlen ihrer Partei ansehnliche Erfolge gebracht haben, daß alle die augenblicklichen Verhältnisse ihr günstig sind, und daß man das heiße Eisen noch etwas länger schmieden sollte, um den Zustrom der Wähler womöglich noch zu vergrößern. Die Deutschnationalen versprechen sich aus den entgegengesetzten Gründen von der Zeit Gutes: sie haben eben müssen, daß ihnen erhebliche Bruchteile der Wählerkraft fortlaufen; ihre ganze Hoffnung besteht also darin, die kommenden Monate noch agitatorisch gründlich auszunutzen und die Verluste wieder wett zu machen. Aus dieser Laune ergibt sich aber zwangsläufig immer wieder neuer Kräftestoff. Denn, da die deutschnationale Agitation nur dann mit Erfolgen rechnen kann, wenn sie mit den alten Mitteln arbeitet, besteht ständig die Gefahr, daß sie gegen den Wortlaut und Sinn der bekannten Richtlinien verstößt und die übrigen Koalitionsparteien brisikiert.

Jedenfalls ist kaum anzunehmen, daß irgendeine der großen Parteien mit ihrer Politik im Reichstag eine Entwicklung begünstigen wird, welche neue Reichstagswahlen noch vor Weihnachten zur Folge hat. Daß die Regierungskoalition im Reich ernste Krisen vermeiden will, wissen wir zur Genüge. Aus den verschiedensten Gründen sind die Koalitionsparteien von dem ernstesten Willen befeuert, die Koalition aufrecht zu erhalten und die Regierungsgeschäfte bis zum Herbst des nächsten Jahres zu führen, d. h. bis zu dem Zeitpunkt, an dem sowieso Reichstagswahlen stattfinden müßten. Der besonnen urteilende Staatsbürger wird dieses Bestreben der Reichsregierung durchaus begreifen. Innerpolitisch und noch mehr außenpolitisch wäre eine Auflösung des Reichstags in diesem Augenblick recht bedenklich. Die Beamtenbefoldungsreform würde in der Luft hängen bleiben, das Reichschulgesetz könnte nicht zu Ende beraten werden können, und außenpolitisch würde sich der Eindruck verstärken, daß die Konsolidierung Deutschlands bei einer Krise angelangt ist. Da ja im Grunde die Finanzpolitik es ist, welche die Situation in Berlin in so eigenartiger Weise verschlimmert hat, würden auch finanz- und wirtschaftspolitisch die Folgen einer Reichstagsauflösung für uns sehr unangenehm sein. Schon jetzt lesen wir, daß die letzten Ereignisse in Berlin recht fatale Kursstürze im Inland, wie im Ausland hervorgerufen haben und die Reueigung des Auslands, uns Kredite zu erteilen, vergrößert haben.

Es ist also nur klug, wenn man in Berlin versucht, zu retten, was noch zu retten ist. Und auch die deutsche Presse, welche bei aller Wahrung der Selbstständigkeit ihres Urteils das Interesse des großen Ganzen über alle anderen Erwägungen zu stellen hat, ist verpflichtet, die Reichsregierung in diesen Bestrebungen zu unterstützen. Es hat im Augenblick wenig Zweck, die Hände über dem Kopf zusammenzuschlagen. Viel wichtiger ist es, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen.

Wenn dabei allerdings versucht wird, den Anschein zu erwecken, als ob ja gar nichts Schlimmes passiert sei, dann muß man sich wohl oder übel dagegen wehren. Es sind ganz zweifellos Fehler gemacht worden, konstruktive Fehler und Fehler in der Behandlung der Maschine. Und das Ausland sieht diese Fehler bei der entsprechenden Distanz sicherlich noch viel schärfer als wir selbst. Also gebe man die Fehler ruhig zu! Die Hauptsache ist, daß wir aus ihnen lernen und uns redlich bemühen, die gefährlichen Folgen abzumildern. Bei einer solchen Tätigkeit werden sich alle Parteien und alle Mitbürger zusammenfinden müssen, denn die Rücksicht auf die Gesamtheit bedeutet mehr, als die Eringung augenblicklicher Vorteile oder die agitatorische Ausnutzung der Schwächen des anderen.

Eine Auslandsanleihe der Stadt Berlin. Die Stadt Berlin will eine Auslandsanleihe von 120 Millionen RM aufnehmen.

Berliner Tagesbericht

Das Echo der Köhlerrede — Senkung der Zölle? — Die Wirtschaftseinigung mit Polen — Verschiedene Anschauungen im Reichskabinett — Der angebl. Inhalt des Gilbert-Memorandums — Ungünstige Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage — Ähnliche Sorgen auch in Frankreich

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)

M. Berlin, 27. Okt. (Priv.-Tel.)

Die gestrigen Ausführungen des Reichsfinanzministers sind im wesentlichen eine Bestätigung dessen, was er in seiner Reichstagsrede zur Besoldungsreform gesagt hat. Die Aufnahme ist infolgedessen ungefähr die gleiche wie damals. Bemerkenswert ist besonders, daß sich die „Deutsche Tageszeitung“, das agrarische Organ wieder gegen seinen Optimismus wendet und dabei insbesondere auf die schlechte Lage der Landwirtschaft hinweist. Soweit es sich um diesen Erwerbszweig handelt, könne unter keinen Umständen mit erhöhten Steuereinnahmen gerechnet werden. Das Blatt meint dann, aus der niedrigeren Einschätzung der Zölle um 100 Millionen für den neuen Etat gehe hervor, daß man an eine Senkung der Zölle denke. Das dürfte allerdings der Fall sein, denn das Reichskabinett in seiner überwiegenden Mehrheit steht unbedingt auf dem Standpunkt der internationalen Wirtschaftskongressen und möchte dementsprechend die Zölle allgemein abbauen. An zuständiger Stelle wird heute erklärt, es sei noch nicht unbedingt sicher, daß sich das Reichskabinett im Laufe seiner heutigen Sitzung am Nachmittag mit den polnisch-deutschen Vertragsverhandlungen beschäftigen wird, da die Tagesordnung außerordentlich reichhaltig sei. Das würde die Gerüchte bestätigen, wonach die Wirtschaftsvereinbarungen im Kabinett gerade in dieser Frage besonders stark sind. Auf der einen Seite stehen Dr. Stresemann und Dr. Curtius, welche die Weltwirtschaftspolitik als einen Teil der Gesamtpolitik ansehen, auf der anderen namentlich der Landwirtschaftsminister Schiele, der ernste Bedenken hegt, mit Polen zu einem Abschluß zu gelangen, weil ihm besonders die Einfuhr von Kartoffeln im Osten unangenehm erscheint.

Die Gegenfähigkeit in diesen Fragen wird heute auch im Hauptausfluß des Reichstags deutlich genug zu erkennen sein, da man gestern beschlossen hat, auch den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und den Reichsbankpräsidenten Dr. Schaats zu hören. Daß der Reichswirtschaftsminister andere Anschauungen vertritt als Dr. Köhler ist bekannt. Daß der Reichsbankpräsident wieder eine besondere Haltung einnimmt, die nicht ganz mit der des Dr. Curtius wie auch mit der des Dr. Köhler sich deckt, hat wiederholt zu lebhaften Erörterungen geführt. Der Ausschuss will sich offenbar ein Bild der verschiedenen Meinungen machen, ehe er selber Stellung nimmt.

Von der gestrigen Rede des Reichsfinanzministers ist derjenige Teil, der sich auf das Vorgehen Parter Gilberts bezieht, für vertraulich erklärt worden. Der Inhalt der Denkschrift bleibt also geheim, falls man nicht eine Meldung des Berliner Korrespondenten des „Newport Herald“ als authentisch ansieht. Darnach sei dieses neue Memorandum eine Verschärfung des im Juni erstatteten Berichts, und es wird darin noch stärker als bisher von der Fortsetzung der deutschen Ansehenspolitik und der Belastung des Etats mit ungedeckten Ausgaben geredet. Somit bestehe die Gefahr, daß Deutschland schon im nächsten Jahr nicht mehr in der Lage sein wird, seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen. Bereits jetzt betragen die Auslandsschulden des Reichs, der Länder und Gemeinden insgesamt 4 Milliarden RM. Darüber dürfe Deutschland nicht hinausgehen.

Im Gegensatz zu Dr. Köhler warnt Parter Gilbert dringend davor, die Wirtschaftskongresse als günstig anzusehen. Daß sie es augenblicklich sei, gibt er zu, hält das aber für einen ganz außergewöhnlichen Ausnahmezustand, mit dem man auf die Dauer jedenfalls nicht rechnen könne. Gegen die Beamtenvorlage ist kein Widerspruch erhoben worden, wenigstens nach dem „Newport Herald“. Sie wird nur flüchtig erwähnt, während das Reichschulgesetz eine erheblich größere Rolle in diesen Ausführungen spielt.

Es ist interessant, daß die gleichen Probleme augenblicklich auch in Frankreich erörtert werden. Für den Kongreß der radikal-sozialist. Partei, der heute beginnt, hat Chappelle eine Denkschrift erstattet, der die finanzielle Situation Frankreichs und das Ergebnis der Sanierungspolitik Poincarés wesentlich schlechter beurteilt, als das bisher der Fall gewesen ist. Dieser Bericht hat heute morgen geradezu alarmierend gewirkt und wird in der Pariser Presse aller Parteien sehr eingehend behandelt. Der Bericht stützt sich dabei auf die im September wesentlich geringer gewordenen Einnahmen des Staates und behauptet, daß von einer Balancierung des Etats keine Rede sei. Der Kongreß wird deshalb für uns so bedeutungsvoll, weil er die Wahparole neu bringen soll und weil für ihn von einer Reihe von Parteiführern die Lösung ausgehen werden soll: „Die Außenpolitik muß die völlige Berührung mit Deutschland bringen.“

Das Problem Reich und Länder

Zum Thema Verwaltungsreform, bringt die „Freiburger Tagespost“ einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Niemand wird die Berechtigung der Forderung nach Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung bestreiten. Merkwürdig ist nur eines: wir hören den Ruf nach Verwaltungsreform von allen Seiten, wo sind aber die positiven Vorschläge, und wer soll den Anfang machen?

Da redet und schreibt man vom „unfruchtbaren und kostspieligen Verlaufe“, vom „Neben- u. Gegeneinanderreiben“. Das sind aber Schlagworte und Redensarten, mit denen man nur das Volk für den Einheitsstaat psychologisch reif machen will. Man sucht ihm zu beweisen, daß die Länderregierungen „zu teuer“ seien und daß im Einheitsreich Deutschland die Verwaltung viel billiger wäre. Es ist richtig, daß die Verwaltung überall teuer geworden ist, daß die Zahl der Beamten eine nicht unerhebliche Vermehrung erfahren hat. Der Aufwand für den Verwaltungsapparat allein betrug im Jahre 1914 rund 1,7 Milliarden RM, im Jahre 1926 rund 3,5—4 Milliarden. Die Gesamtausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden betrugen 1913/14 rund 4 Milliarden. Heute kostet also der Verwaltungsapparat so ziemlich das gleiche wie damals der Gesamtaufwand. Wenn man solche Zahlen anführt, um die Notwendigkeit der allgemeinen Vereinfachung zu beweisen, ist es recht. Werden sie aber detailliert, um damit die Überflüssigkeit der Länder zu beweisen, so ist das ein falsches Spiel. Man muß der Offenheit ferner sagen, warum die Verwaltung teuer geworden ist. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen. So sind als Folge des Kriegsverlustes für Reich und Länder eine ganze Reihe neuer Verwaltungsaufgaben entstanden; ganz besonders produktiv war in der Schaffung solcher das Reich. Kurz und gut, die neuen Verhältnisse machen in Reich und Ländern erheblich höhere Verwaltungskosten notwendig. Natürlich auch in den Gemeinden.

Die Revolution hat den Beamtenkörper und das Verwaltungssystem aus dem alten Staat übernehmen müssen, sonst wäre ja alles zusammengebrochen. Dann kam zunächst die Erzbergerische Steuervereinfachung, die einen gewaltigen Aufwand von Beamten und Kosten verursachte. Im Etat des Reiches für 1927 war die Reichsfinanzverwaltung einschließlich des Ministeriums mit 280,8 Millionen eingestellt. Dabei wird uns niemand beweisen können, daß die Finanzverwaltungen der Länder in der Vorkriegszeit nicht billiger — und besser sowie rascher — gearbeitet hätten. Unbestreitbar ist die Tatsache, daß als Folge des parlamentarischen Systems eine Erhöhung der Verwaltungsausgaben eingetreten ist. Ebenso ist eine Aufblähung des Beamtenkörpers erfolgt, weil das Reich unter dem neuen Regime von Anfang an bestrebt war, überall möglichst viel „hineinzuregieren“. Darin lag ja ein Grundfehler, an dem wir noch jahrzehntlang tranken werden, daß der allmächtige Parlamentarismus überall ans „Reformieren“ ging, statt in der Verwaltung der Länder zunächst alles beim alten zu lassen und erst nach und nach das System umzubauen. Man greift nicht ohne schwerwiegende Folgen in den komplizierten Verwaltungsmechanismus eines Landes ein. Das ist aber im weitesten Umfange seitens des Reiches geschehen, und wenn heute auch in den Ländern höhere und sehr hohe Verwaltungskosten da sind, dann ist in der Hauptsache das In-alles-Hineinregierenwollen des Reiches daran schuld. Die Reichsgewalt hätte keinen Schaden erlitten, wenn sie auf diesem Gebiete recht vorsichtig und zurückhaltend geblieben wäre.

Ein anderes Kapitel ist die Reichsgefesgebung. Hier war und ist der Reichstag immer außerordentlich produktiv. In den Jahren 1914 bis 1926 füllte er rund 20 000 Seiten des Reichsgefesblattes mit seinen Erzeugnissen. Weder die Beamten noch das Volk kommen aus dem Wust von Gefesen und Verordnungen mehr heraus. Das gilt namentlich von der Steuergefesgebung. Selbstverständlich mußte auch diese Refordproduktion verteuern auf die allgemeine Verwaltung wirken, denn es müssen doch immer Menschen da sein, welche die Ausführung der Gefese besorgen. Durch die Reichsgefesgebung ist eine ganze Masse von neuen Instanzen entstanden, was ebenfalls wieder verteuern wirkt. Wenn also die Länder heute einen vergrößerten Verwaltungsapparat besitzen, so liegt es nicht daran, daß sie ihn aufschwemmen wollten, sondern an der Reichsregierung in erster Linie. Im Vergleich zur Reichsverwaltung, die immer wieder neue Einrichtungen zu schaffen weiß, ist die der Länder relativ bedeutend billiger. Verteuert wird die Reichsverwaltung auch dadurch, daß fast alles in Berlin konzentriert ist.

Abgesehen ist der Verwaltungsaufwand auch in anderen Ländern in der Nachkriegszeit bedeutend gestiegen. So gab England 1913 für die eigentliche Staatsverwaltung 94,3 und 1925 125,3 Mark auf den Kopf der Bevölkerung aus, Frankreich 1913 88,3, 1925 93,6 Mark pro Kopf.

Es ist Unrecht und verfehlt, den Ländern fortwährend den Abbau zu predigen, während im Reich niemand an einen solchen denkt. Damit wird das Volk irreführt. Mit Recht hat der bayerische Finanzminister Dr. Schmelze kürzlich darauf hingewiesen, daß die Länder durch die Wegnahme der Steuerfreiheit verarmt sind und deshalb heute mehr Wohlfahrtsstaat sein müssen als früher.

Die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 756 vom 15. Okt.) meint in einer Betrachtung zu verschiedenen ihr aus Süddeutschland zugegangenen Beschwerden, man müsse doch auch den Ländern sagen, daß wenn Männer von der unwiderrücklich föderalistischen Grundeinstellung Dr. Köhlers und wenn im Reichstag eine Partei von der Überlieferung des Zentrums unter dem Zwange der Notwendigkeit „zentralistisch“ (?) wirkende Maßnahmen beschließen, oder sich Fortreibungen der Länder entgegenstellen, für sie wirklich keine unantastbaren Liebhabeereien maßgebend sind, sondern sich darin der Gang einer Entwicklung ausdrückt, die durch äußere und innere

Gesamtheiten dem deutschen Volke vorgezeichnet ist. Das ist es eben, was wir ganz entschieden bestreiten. Diese „Gesamtheiten“ sind äußerlich nicht vorhanden. Der Hinweis auf die Reparationsverpflichtungen und auf die Gefahr, daß eines Tages auf Befehl der Siegermächte der Einheitsstaat gebildet werden müßte, vermag nur Unkundigen zu imponieren. Woher will das Reich die Reparationsgelder nehmen, wenn durch den Berliner Zentralismus die deutschen Länder und Gemeinden zu verarmten, stillen „Krobinzen“ geworden sind? Die „inneren“ Gesamtheiten sind ebensowenig vorhanden. Sie wollen aber durch eine zentralistische Reichsregierung geschaffen werden und dagegen muß sich das Volk energisch wehren.

Die Schiffskatastrophe bei Babia

Etwa 60 Todesopfer

Nach neueren Meldungen ist die Zahl der Todesopfer beim Untergang des italienischen Dampfers „Principessa Masalda“ erheblich geringer, als die ersten Nachrichten besagten. Die Zahl der Geretteten wird mit über 1100 angegeben. Im ganzen waren auf dem Schiff 968 Passagiere und 240 Mann Besatzung.

Als Ursache der Katastrophe wird ein Bruch der Schraubenmelle angegeben, der von so ungünstigen Umständen begleitet war, daß die Stübe der Welle den doppelten Boden des Schiffs durchschlugen. Durch das Red drangen die Wasserbomben in den Schiffskörper. Als das Wasser den Maschinenraum erreichte explodierten die Kessel und durch die Gewalt der Explosion zerbarst der Schiffsrumpf.

Einschleichen von der Katastrophe

W. A. Neuhoff, 27. Okt. (Tel.) Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Pernambuco gab der Kapitän der „Principessa Masalda“, als kein Zweifel mehr darüber bestand, daß das Schiff infolge der Kesselexplosion untergehen würde, Befehl, mit Vollkraft Kurs auf die Abrolhos-Inseln zu nehmen, die nur wenige Meilen von der Küste entfernt sind. Während dieser Zeit spielte die Schiffkapelle zur Veruhigung der etwa 800 Zwischendeckpassagiere die italienische Nationalhymne, und die Offiziere und Mannschaften mischten sich unter die von panischem Schrecken ergriffenen Auswanderer und sprachen ihnen Mut zu. Die „Principessa Masalda“ hielt mehrere Stunden lang unter Vollkraft den Kurs nach der Küste zu ein und wurde dann in den Klüften der Meereshöhe von den zur Rettung herbeigeeilten Dampfern erreicht. Diese setzten mit bewundernswerter Schnelligkeit ihre Boote aus und übernahmen die Fahrgäste von der „Principessa Masalda“ entweder direkt oder aus den bereits schwimmenden Rettungsbooten dieses Schiffes. Die Anwesenheit der zahlreichen Rettungsboote übte eine beruhigende Wirkung auf die Fahrgäste aus und erleichterte das Rettungsversuch wesentlich, obwohl die „Principessa Masalda“ nun bereits mit ziemlich großer Schnelligkeit zu sinken begann. Eine Menge kleiner Fahrzeuge lief inzwischen von der Küste nach der Unglücksstelle aus, um nach weiteren Überlebenden zu suchen und Vergungsarbeiten vorzunehmen.

Dr. Stuttgart, 26. Okt. Nach den Mitteilungen des Stuttgarter Zweigbüros der italienischen Schiffahrtsgesellschaft befanden sich auf dem untergegangenen Dampfer außer Dr. Bollschaff aus Hamburg noch drei Deutsche, nämlich der Auswanderer Eugen Schneider aus Schramberg, Richard Kappus aus Hirschheim und ein Braunschwäger namens v. Luden. Ob die drei Deutschen sich unter den Geretteten befinden, konnte noch nicht ermittelt werden.

Das Schulgesetz im Ausschuss

Im Reichsausschuss für das Bildungswesen wurde am Mittwoch das Reichsschulgesetz weiter beraten.

Abg. Fleischer (E.) trat für den Fortbestand der sächsischen Schulgesetze ein.

Abg. Dr. Philipp (Dn.) verlangte eine Übersicht über die Rechtsveränderungen in den einzelnen Ländern bis zum Inkrafttreten der Reichsverfassung.

Abg. Pöhlke (Komm.) hielt den weltlichen Unterricht für den einzig ertragbaren.

Frau Abg. Dr. Bäumer (Dem.) verlangte als Regelschule die Gemeinschaftsschule.

Abg. Rheinländer (Z.) stellte sich auf den Boden des Entwurfes, wenn auch das Gesetz bekanntlich von einigen Ministern des Kabinetts nur mit Vorbehalt unterzeichnet worden ist.

Abg. Crispian (E.) wünschte zunächst Auskunft über die Kostenfrage. Es entspann sich dann eine längere Geschäftsverhandlung, weil der Vertreter Preußens darüber klage führte, daß die Länder durch das Reich vor Einbringung des Gesetzes nicht genügend unterrichtet worden seien.

Am heutigen Donnerstag vormittag erklärte zunächst der Vertreter Württembergs die Zustimmung seiner Regierung zu der Vorlage. Besonders erfreut zeigte er sich darüber, daß die bestehende Volksschule ohne weiteres anerkannt werde und die Gemeinschaftsschule zur Antragschule erklärt wird. Allerdings hat Württemberg gewisse Bedenken gegen die Art, wie der Entwurf den Religionsunterricht regelt. Die entsprechenden Mehrheiten müsse das Reich tragen.

Der Vertreter Thüringens wünschte verschiedene Änderungen der Vorlage. Die thüringische Regierung ist der Auffassung, daß die Gemeinschaftsschule in der Verfassung klar und deutlich verankert sei. Scharf wird die Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht abgelehnt und zwar auf Grund der Stellungnahme der evangelischen Landeskirche Thüringens und der Volksschule. Außerdem wünschte Thüringens die Ausgestaltung der Schulbestimmungen für die Simultanländer, auch für sich selbst.

Abg. Jögriffen (Wirt.) stimmt der Festlegung der Volksschule in dem Entwurf ausdrücklich zu.

Abg. Künneburg (Dem.) wünscht das Urteil einer neutralen Stelle über die Verfassungsmäßigkeit des Entwurfes.

Für das humanistische Gymnasium

Der Reichsausschuss zum Schutze des Gymnasiums tritt mit einer längeren Kundgebung an die Öffentlichkeit, in der auf den Wert und die Bedeutung der humanistischen Bildung für unser Volk und unsere Zeit hingewiesen wird. Sie schließt folgendermaßen:

„Die humanistische Bildung ist eines der höchsten Kulturgüter des deutschen Volkes. Ihr Ideal kann nur durch eine lebensvolle Einführung der Jugend in Sprache und Kultur der Griechen und Römer verwirklicht werden. Darum fordern wir, namentlich auch angesichts der überall im Auslande verstärkten humanistischen Schulbildung, die Erhaltung aller Maßnahmen, die die Erhaltung des humanistischen Gymnasiums gefährden, und verlangen nachdrücklich Förderung dieses Bildungsweges und seinen weiteren zielbewußten Ausbau.“

Das Schankstättengesetz. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages wird sich demnächst mit dem Schankstättengesetz beschäftigen und beabsichtigt, seine Arbeiten so zu beschleunigen, daß das Gesetz noch im Januar im Plenum zur Beratung gelangt.

Die Finanzlage des Reichs

Die Ausführungen Dr. Köhlers

Im Haushaltsauschuss des Reichstags hat, wie gemeldet, der Reichsfinanzminister am Mittwoch ausführliche Mitteilungen über die Finanzlage des Reichs gemacht. Er hofft, für den laufenden Etat und für den Etat 1928 ohne Defizit auszukommen, falls die Konjunktur nicht merklich abwärts geht. Im einzelnen führte Dr. Köhler noch folgendes aus:

Die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld haben 1924 200 Millionen betragen und sind in den folgenden Jahren auf 486 Millionen angewachsen. Die Reparationszahlungen betragen 1924 nichts, und 1927 881 Millionen M., also hier eine Erhöhung um über 800 Millionen M. Die Ausgaben für Versorgungs- und Ruhegehälter betragen 1924 rund eine Milliarde, in den folgenden Jahren 1,47 Milliarden. Allein diese vier Ausgabenposten machen zusammen über zwei Milliarden Mehrbelastung des Etats von 1927 gegenüber 1924 aus, eine Mehrbelastung, die als unvermeidlich im ganzen bezeichnet werden muß. Die Kriegslasten betragen 1927 über 3 1/2 Milliarden M., also etwas mehr als die Hälfte der gesamten Ausgaben des Reichs.

Zugegeben, daß hier und da eine Ausgabenerhöhung eingetreten sei, die sich hätte vermeiden lassen, oder die den Grundbesitz äußerster Spartheit nicht entsprach, im großen gesehen, ist die Erhöhung eine Folge des Krieges und wird bedingt durch die Notwendigkeit des Wiederaufbaues alles dessen, was Krieg und Inflation zerstört haben. In den Kreis dieser Wiederaufbauarbeiten gehören auch die von der Regierung inzwischen eingebrachten Vorlagen. Die Erhöhung der Beamtenbezüge ist unabweisbar und unausschiebbar. Es handelt sich nicht um eine neue Mehrbelastung, sondern um eine Nachholung der unterlassenen Erhöhung in vergangenen Jahren. Gerade die Rücksicht auf die Wirtschaftslage hat uns davon abgehalten, zu einem Zeitpunkt mit der Vorlage herauszukommen, in dem sich noch nicht völlig hätte übersehen lassen, in welchem Umfang eine Defizitfähigkeit in Anbetracht der Wirtschaftslage gegeben gewesen wäre. Nach der Vorlage der Reichsregierung soll eine wesentliche Belastung des laufenden Haushaltes nicht eintreten. Vielmehr soll die Deckung durch die Verwertung der Vermögensobjekte des Reichs erfolgen. Inwieweit durch das vorliegende Reichsschulgesetz bestehende Lasten erweitert werden, läßt sich noch nicht übersehen. Es wird unser aller Bestreben sein müssen, die sich aus der Erfüllung des Reichsschulgesetzes ergebende Regelung so vorzunehmen, daß die Mehrbelastung der in Betracht kommenden öffentlichen Verbände sich in möglichst engen Grenzen hält, jedenfalls aber tritt eine Mehrbelastung erst in drei Jahren ein. Wir befinden uns im letzten Jahre der sogenannten Erholung des Überganges in Hinblick auf unsere Darlehensbelastung. Die Reichsregierung war der Auffassung, daß aus diesen Gründen heraus diese Angelegenheiten jetzt und im laufenden Rechnungsjahre zu behandeln sind.

Wenn ich nun zur Deckungsfrage übergehe, so möchte ich betonen, daß die Deckung der Besoldungsneuregelung sowohl für 1927 wie für 1928 im Reich ohne steuerliche Erhöhung möglich ist, lediglich durch Ersparnisse auf der Ausgaben- und durch das Mehraufkommen, das die Steuern, selbstverständlich ohne Erhöhung der Sätze, abwerfen. Die Finanzlage des laufenden Etatsjahres hat sich, entsprechend dem Konjunkturaufschwung, günstiger entwickelt als erwartet werden konnte. Bei der für 1927 mit 1200 Millionen angelegten Lohnsteuer kann mit einem Aufkommen von rund 1270 Millionen gerechnet werden. Das vorausgesetzliche Nachkommens an anderer Einkommensteuer war auf 1800 Millionen geschätzt. Auch hier wird der Voranschlag wahrscheinlich erreicht werden. Dagegen wird die Körperschaftsteuer, die mit 400 Millionen angelegt ist, einen gewissen Mehrbetrag aufweisen. Bei der Umsatzsteuer, die mit 900 Millionen angelegt war, ist, wenn überhaupt, so nur mit einem geringen Ausfall zu rechnen. Aus diesen Überweisungssteuern ist den Ländern eine Mindestsumme von zwei Milliarden 600 Millionen an Überweisungen garantiert. Ob diese Summe tatsächlich erreicht oder ob aus der Garantie ein gewisser Zuschuß zu entrichten sein wird steht noch nicht fest. Die Vermögenssteuer, die mit 470 Millionen angelegt ist, wird wohl nicht allzu erheblich hinter dem veranschlagten Aufkommen zurückbleiben. Bei den übrigen Besitz- und Verzehrssteuern wird mit einem gewissen nicht allzu erheblichen Mehraufkommen gerechnet werden können. Die Zölle, die mit 890 Millionen angelegt waren, werden etwa 1150 Millionen bringen. Bei der Tabaksteuer und bei der Biersteuer ist ebenfalls ein kleines Mehraufkommen zu erwarten. Insgesamt wird man bei gleichbleibender wirtschaftlicher Lage mit einem Mehraufkommen für das Reich von rund 300 Millionen rechnen können.

Auf der Ausgabenseite liegt die wesentlichste Ersparnis bei den Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, wo mit einer Ersparnis von sicher 200 Millionen zu rechnen ist. Es bleibt also insgesamt eine Veränderung der vorausgesetzlichen Ersparnis um rund 500 Millionen. Selbst wenn man für den Nachtragshaushalt, der Mittel für die Beamtenbesoldung und die Kriegsbeschädigten, sowie für laufende Liquidationsentschädigungen und Änderung der Hochwasserentlastung, 300 Millionen ansetzt, so bleibe noch immer ein Plus von 200 Millionen.

Im Haushalt 1928 sollten die außerordentlichen Ausgaben auf das denkbar geringste Maß beschränkt werden, damit wir von dem hohen Anleihezwang herunterkämen. Der Minister gab damit eine ins einzelne gehende Übersicht über die Gestaltung des Etats für 1928, wobei er als Hauptpunkte der Ausgabenseite die Beamtenbesoldungsneuregelung und die um 400 Millionen höheren Reparationszahlungen erklärte.

Auf der Einnahmenseite würde sich die gute Konjunktur des Jahres 1927 in erhöhten Steuereinzugungen auswirken, wobei schon jetzt die interessante Feststellung gemacht sei, daß das Erträgnis der Lohnsteuer im Verhältnis zu dem der anderen Einkommen- und Kapitalsteuern zurückgehe. Alles in allem ergebe, daß zwar die Gefahr eines Defizitstats nicht bestehe, daß andererseits aber der Haushalt weitere Belastungen nicht vertragen würde. Im Interesse der Wirtschaft müsse die Politik der Steuerentlastung, die 1925 begonnen wurde, fortgesetzt werden. In nächster Zeit solle auch wieder die Senkung der Zölle beraten werden.

Die dringend notwendige Verwaltungsvereinfachung solle auch dadurch gefördert werden, daß auf dem Wege zur Vereinheitlichung dem Reiche nur solche Ausgaben verbleiben, die die gesamte deutsche Volksgemeinschaft betreffen und von dem einzelnen Lande nicht oder nicht sachgemäß erfüllt werden können. Die Länder selbst erstreben auch Ersparnisse. Mehrere Länder hätten schon dem Reichsparlamentarischen Sachverständigenrat gerufen.

Pflicht des Reichs bleibe es, einstweilen für die Durchsichtigkeit der Finanzen aus der Länder und Gemeinden so weit wie möglich Sorge zu tragen. Diesem Ziele diene auch das Steuervereinfachungsgesetz. Die Aufnahme von Anleihen der Länder und Gemeinden zu Verwaltungszwecken verbiete sich in der gegenwärtigen Zeit aus Gründen der Geldknappheit für den Inlandsmarkt und aus Gründen der

gebotenen äußersten Zurückhaltung auch für den Auslandsmarkt. Anleihen für Versorgungsbetriebe der Kommunen z. B. könnten allerdings in weitem Umfang produktiv sein, wenn dadurch die Privatwirtschaft in der Gemeinde zu neuer fruchtbarer Arbeit geführt wird. Aber auch bei solchen Anleihen werde von Fall zu Fall streng geprüft werden müssen, ob der vorgelegte Gesamtwirtschaftsplan einer Gemeinde die unerläßliche Produktivität einer Ausgabe gewährleistet oder ob die Ausgabe nicht doch, sei es auch unter Zurückstellung anderer weniger dringlichen Ausgaben aus laufenden Mitteln bestritten werden könne.

Im vertraulichen Teil der Aussprache gab der Reichsfinanzminister einen Überblick über die Entstehung des Memorandums des Reparationsagenten. Er wies erneut darauf hin, daß es während der schwebenden Erörterungen vereinbarungsgemäß mitgeteilt worden sei, und den Gegenstand weiterer gemeinsamer Behandlung bilde. Für die Beunruhigung, die sich auf Grund der Indiskretionen der Presse gezeigt habe, liege keinerlei Anlaß vor. Die darüber verbreiteten Gerüchte beruhten zum entscheidenden Teil auf völlig falschen Voraussetzungen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, am heutigen Donnerstag den Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht über die Wirtschafts- und Finanzlage zu hören.

Politische Neuigkeiten

Die Todesstrafe

Der Strafrechtsausschuss des Reichstags begann am Mittwoch im Zusammenhang mit der Beratung des fünften Abschnittes des neuen Strafgesetzbuches, der die Strafen behandelt, die große Aussprache über die Frage der Todesstrafe. § 33 des Entwurfs bestimmt, daß die Straftaten Todesstrafe, Freiheitsstrafen und Geldstrafen seien.

Der Berichterstatter, Abg. Rosenfeld (Soz.), wies darauf hin, daß der Ausschuss mit diesem Abschnitt in die Schicksalsfrage des ganzen Gesetzentwurfs eintrete. Seine Freunde würden der Aufrechterhaltung der Todesstrafe den allerhöchsten Widerstand entgegensetzen. Gegenwärtig hätten in Europa 22 Staaten die Todesstrafe abgeschafft, 24 Staaten nicht. In drei Staaten werde sie nicht vollstreckt. In anderen Staaten sei die Abschaffung geplant. Unter den Staaten, die die Todesstrafe verworfen, befänden sich auch gerade solche, die den unseren ähnliche Verhältnisse hätten, z. B. die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und ein großer Teil der Schweiz. Die Todesstrafe dürfe nicht lediglich als strafrechtliche Frage betrachtet werden, sondern sie sei eine kulturpolitische Frage ersten Ranges. Geheimrat Nahl habe selbst die Staaten glänzend gepriesen, die jetzt schon so weit seien, daß sie die Todesstrafe haben abschaffen können. (Abg. Dr. Nahl: Deren Kulturstand ein so hoher ist!). Die Rechtmäßigkeit der Todesstrafe könne er nur anerkennen, wenn man ihm nachweise, daß ein Mörder nicht besserungsfähig sei. Das Vergeltungsprinzip läßt der Berichterstatter ebensowenig gelten, wie die Theorie der Abschreckung. Die Gesetzgebung schäme sich übrigens selbst, die Todesstrafe öffentlich zu vollziehen. Der wichtigste Gesichtspunkt gegen die Todesstrafe sei die Möglichkeit eines Justizirrtums und einer Justizmorde namentlich in politischen Fällen. Soll gegen Jugendliche die Todesstrafe vollstreckt werden? (Abg. Dr. Nahl: Nein!) Der Redner freut sich über das Nein, fragt aber weiter, ob die Todesstrafe gegen Frauen aufgehoben werden solle. Er bedauert, daß auf diese Frage kein Nein erfolgt. Er appelliert zum Schluß an den Vorsitzenden Dr. Nahl, wenn dieser die Todesstrafe fallen lasse, dann sei sie in Deutschland erledigt.

Der Mitberichterstatter, Dr. Jasp (Dt. Vpt.) wies darauf hin, daß viele Wissenschaftler noch weitergehen als Dr. Rosenfeld. Dr. Rosenfeld habe die Empfindungen der Mörder geschildert, er habe aber nicht gedacht an die Empfindungen der Opfer und ihrer Angehörigen. Die Todesstrafe, wie sie jetzt ausgeführt werde, könne nicht verlohren wirken. Das brächten nur die Kindarrestanstalten und schlechte Zeitungen zuwege. Den Mordfall von Mörtern nach der Regardigung habe man wiederholt erlebt, z. B. bei Sternfeld. Der Staatsbürger verlange vom Staate eine Gegenleistung und zwar Rechtssicherheit und Sicherheit der Person. Die Abschaffung der Todesstrafe empfinde er als Minderung des Rechtschutzes. Die Sozialdemokratie erinnert Dr. Jasp an Friedrich Adler. Dieser habe persönlich die Todesstrafe über Stützhilf verhängt, den Steuermann des österreichischen Staatschiffes mitten in größter Notzeit. Die Abschaffung der Todesstrafe habe auch in Österreich die Zahl der Getöteten vermehrt. Zur Zeit sei der Abbau der Todesstrafe nicht möglich. Tue man es doch, so werde der Ruf nach einem Diktator lauter werden und sich gegen das parlamentarische System richten.

In der heute Donnerstag festgesetzten Beratung erklärte Abg. Hillel (Komm.): Die Kommunisten sind grundsätzliche Gegner der Todesstrafe im kapitalistischen Staate (Abarufe und große Hebertät). Die Sozialdemokraten haben nur an die Nährseligkeit appelliert. Erst im sozialistischen Staate wird die Voraussetzung für Verbrechen überhaupt beseitigt sein. In Sowjetrußland ist die Todesstrafe ein Unterdrückungsmittel der ungeheueren Mehrheit des Volkes gegenüber der Konterrevolution und deshalb noch notwendig.

Der bayerische Verwaltungsabbau

Nachdem der bayerische Ministerrat beschlossen hat, mit den seit langem geplanten Vereinfachungsmaßnahmen der bayerischen Verwaltung zu beginnen und die Auflösung des Handels- und Sozialministeriums anzufordern, setzen sofort die Proteste ein. Eine große Reihe von Verbänden, unter ihnen auch der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, hat gegen die Auflösung des Sozialministeriums eine Entschiedenheit angenommen, in der sie betonen, daß sie, falls der Abbau dieses Ministeriums trotz ihres Einspruchs erfolgt, die „politischen Konsequenzen“ ziehen müßten.

Die Regierung hat die Absicht, ihre Vorschläge über die Vereinfachungsmaßnahmen zunächst den Fraktionsvorsitzenden zuzuleiten und dann den Gutachterausschuss zu beauftragen. Die Regierung wird dann ihre Entscheidung gemäß der ihr erteilten Ermächtigung im Verordnungswege beknappen.

Eröffnung des Reichsarbeitsgerichtes. Im Reichsgericht zu Leipzig trat am Samstag das Reichsarbeitsgericht zu seiner ersten Sitzung zusammen. Senatspräsident Degg als Vorsitzender beauftragte den Verordnungsgeber der Idee des Reichsarbeitsgerichtes. Das Reichsarbeitsgericht sei berufen, auf dem Gebiete des Arbeitsrechts einheitliche Grundrechte zu entwickeln, die den Unterinstanzen als Richtschnur dienen könnten.

Hamburger Regierungsbildung ohne SPD. Die Verhandlungen zwischen Vertretern der SPD und der KPD, sowie des Hamburger Ortsausschusses der Gewerkschaften, sind wie der „Vorwärts“ meldet, an den unerfüllbaren Forderungen der KPD gescheitert. Der Vertreter der Sozialdemokratie erklärte im Verlauf der Verhandlungen, daß das Verhalten der Kommunisten die Sozialdemokratie zwingt, eine Koalition mit anderen Parteien zu bilden.

Die Kanalisierung der oberen Donau

Der Verband Obere Donau hielt dieser Tage in Ingolstadt seine Hauptversammlung, der auch Vertreter aus Württemberg anwohnten. Die nächstjährige Tagung soll mit einer gemeinsamen Kundgebung aller an der Bodensees-, Rhein-, Neckar- und oberen Donaushäfen beteiligten Verbände in Friedrichshafen verbunden werden. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Oberbürgermeister Schwammberger, Ulm, als Beisitzer u. a. Kommerzienrat Magirus, Ulm, gewählt. Die Beratungen galten u. a. auch der Kanalisierung durch das Ulmer Gebiet und dem Hafenbau in Ulm. Als Voraussetzung für eine ersprießliche Erledigung des Hafenbaues wurde eine Verständigung zwischen Bayern und Württemberg bezeichnet. Einmütig nahm die Versammlung hierzu eine Entschließung an, die u. a. besagt: Im Hinblick auf das günstige Fortschreiten der Kanalbauten an Donau, Main und Neckar und in Anbetracht der zunehmenden Bebauung des Ulm-Neu-Ulmer Hafengebietes muß die Frage der Linienführung der Großschiffahrtsstraße „Obere Donau“ und vor allem jene der Ulm-Neu-Ulmer Hafenanlage im Sinne der Entschließungen der Verbände „Obere Donau“ und „Südwestdeutscher Kanalverein“ vom Juli 1928 alsbald geklärt und zu einem bestimmten Abschluß gebracht werden. Die einschlägige vorjährige Entschließung ist daher bei den zuständigen Regierungen sofort einzureichen.

Es folgten dann noch zwei Vorträge. Strombaudirektor Kutz, Stuttgart, besprach mit Lichtbildern die Pläne der Verbindung von Neckar und Donau über die Alb. Er hat beauftragt selbst ein Projekt ausgearbeitet, das die Verbindungen Balingen-Ulm beibehält und sieben Seebwerke vorsieht. Bei Ulm soll die Donau umgeleitet und das alte Donaubett für Hafenanlagen verwendet werden. Als zweiter Redner berichtete Johann Handelskammerpräsident Braun, Konstanz, über die Ausbauarbeiten des Oberrheins. Der Redner behandelte auch die Frage der Bodenverbesserung und die Möglichkeit, die ihre Durchführbarkeit und Wirtschaftlichkeit ebenso einwandfrei nachgewiesen ist wie diejenige des Oberheinausbaues. Voraussetzung sei aber, daß die Reichsbahn eine andere Verkehrspolitik treibe und auch der Schiffsahrt Verdienst und Lebensmöglichkeit lasse.

Die römische Frage

Zu den Ausführungen des französischen Verordnungsblattes, wird aus dem Vatikan besonders die Tatsache hervorgehoben, daß zum erstenmal in einer offiziellen Erklärung unzweideutig zugegeben werde, daß eine römische Frage besteht, wogegen man bisher in den amtlichen Erklärungen immer betont habe. Italien betrachte die Frage mit dem Charakter eines endgültig und unwiderstehlich erledigt. Man wundert sich im Vatikan nicht darüber, daß in der Erklärung für jedwede Lösung ausdrücklich eine Wiederherstellung der weltlichen Macht ausgeschlossen werde. In dieser Beziehung merke man jetzt in vatikanischen Kreisen, man habe die weltliche Macht immer angeführt, weil sie als die leichteste und einleuchtendste Mittel erschienen sei, um die Unabhängigkeit des Papstes zu veranschaulichen. Man füge bei, wenn dieses Mittel durch ein anderes, wirksameres ersetzt werden könnte, würde sich der Heilige Stuhl nicht weigern, ein solches in Erwägung zu ziehen. Einen vorzüglichen Eindruck habe im Vatikan die Feststellung gemacht, daß die römische Frage in den verantwortlichen Kreisen nicht als unlösbar betrachtet werde.

Kurze Nachrichten

Verlagung der Braunkohlenpreiserhöhung. Der Wirtschaftsminister ist am Mittwoch an den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau mit dem Vorschlag herangetreten, daß zunächst eine Kommission eingesetzt wird, die noch einige ungeklärte Fragen der Preiserhöhung prüfen soll. Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau hat dieser Prüfung zugestimmt und daraufhin die Behandlung seiner Maßnahmen bis zum 31. Oktober vorläufig vertagt.

Neues Wahlrecht im Saargebiet. Die Regierungskommission in Saarbrücken hat beschlossen, anstelle des bisherigen Systems der freien Listen das System der gebundenen Listen bei den Wahlen einzuführen. Sie hat ferner beschlossen, daß auch solche Personen wählbar sind, die seit 6 Jahren, vom Wahltag an gerechnet, ihren ununterbrochenen und alleinigen Wohnsitz in einem Orte des Saargebietes gehabt haben.

Freipruch im Prozeß Schwarzbarth. In dem Prozeß Schwarzbarth in Paris, haben sich die Geschworenen der Aufassung des Verteidigers angeschlossen und die Schuldfrage verneint. Schwarzbarth wurde freigesprochen und lediglich zu 1 Franc Schadenersatz, den er an die Zivilkasse zu entrichten hat, verurteilt. Schwarzbarth hatte im Jahre 1926 in Paris den früheren Hof-tenhauptmann und ukrainischen Staatspräsidenten Petljura auf offener Straße durch mehrere Revolvergeschosse getötet, weil er ihn beschuldigte, der Anführer der blutigen Judenpogrome in der Ukraine in den Jahren 1919 und 1920 gewesen zu sein.

Ein englischer Gewerkschaftskonflikt. Der englische Generalrat des Gewerkschaftsverbandes droht, den 80 000 Mitglieder zählenden Seemannsverband auszuschließen, wenn dieser nicht seine Absicht aufgibt, die unpolitischen Bergarbeiterverbände zu unterstützen. Der Verband der Postangestellten mit 200 000 Mitgliedern ist aus dem Generalrat ausgestiegen.

Das glückliche Amerika. Präsident Coolidge läßt, wie aus Washington gemeldet wird, erklären, daß nach seiner Schätzung das laufende Fiskaljahr wieder einen Überschuf von 250 Millionen Dollar erbringen werde. Er hoffe zuverlässig, daß dieser Überschuf für das kommende Jahr erhebliche Steuerermäßigungen möglich machen werde.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte gestern tagsüber noch wolkiges und mildes Wetter. Nachmittags trat allgemeine Aufheiterung ein, so daß heute fast überall heiteres Wetter herrscht. Der hohe Druck über dem Festland bleibt erhalten, während im Norden die Sturmwinde über England, Nord- und Ostsee hinwegziehen, ohne unsere Witterung nennenswert zu beeinflussen. Wir können daher noch mit Fortdauer des bestehenden Wetters rechnen. **Vorausichtliche Witterung für 28. Oktober:** Fortdauernd mild mit nächtlicher Abkühlung durch Ausstrahlung (hochflähen Nachtfrostgefahr) ziemlich heiter und trocken.

Verschiedenes

Von einer schweren Eisenbahnkatastrophe

Wie sich bei Cerajewo (Südslowenien) ereignet haben soll und wie der 200 Personen ums Leben gekommen, sein sollen, wurde heute morgen berichtet. Daran ist soviel wahr, daß eine Brücke auf der Eisenbahnlinie Mofkar-Cerajewo einbrach, die über einen 50 Meter hohen Abgrund führte, als ein mit zwei Lokomotiven bespannter Güterzug darüber hinwegfuhr. Der Lokomotivführer und ein Bremser wurden getötet, ein Heizer lebensgefährlich verletzt. Der Materialschaden ist außerordentlich groß.

Badischer Teil

Ein Heimatbuch für Baden

Vor etwa 3 Jahren hat der badische Landtag einen von der Zentrumsfraktion gestellten Antrag, „es möge in gemeinsamer Arbeit des Ministeriums des Kultus und Unterrichts und des Ministeriums des Innern ein Heimatbuch für Baden geschaffen werden, in dem über Geschichte, Geographie, Wirtschafts-, Volks- und Naturkunde der einzelnen badischen Gemeinden das Wesentliche zusammengefaßt und nachzuschlagen ist, in der Art wie die Beschreibung der Heimat in Württemberg schon vor 100 Jahren begonnen wurde und bis auf den heutigen Tag weitergeführt worden ist“, einstimmig angenommen. Ein erfreulicher Anfang zur Herausgabe einer solchen badischen Heimatbeschreibung nach den verschiedenen Gesichtspunkten, wie sie wohl den Antragstellern des badischen Landtags vorgeschwebt haben mögen, ist neuerdings gemacht worden, allerdings nicht in beschreibender Form, sondern lediglich in Form von Tabellenmaterial; wir meinen das soeben vom **Badischen Statistischen Landesamt** (im Badischen Kommunalverlag) herausgegebene Buch über „**Gemeindestatistik**“.

In den Tabellen des ersten Teils des 280 Seiten umfassenden Werkes finden sich Zahlenangaben über die Wohnbevölkerung der 40 Amtsbezirke des Landes und sämtliche (über 1500) Gemeinden unter Trennung nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Religionsbekenntnis, Angaben über die Zahl der Haushaltungen sowie über die Ergebnisse der Landtagswahlen vom Jahr 1925 in jeder Gemeinde des Landes. Wer die Sprache der Tabellen einigermassen versteht, der vermag aus den vielen Spalten und Zahlen, die nebeneinander und untereinander aufgereiht sind, manches Interessante entnehmen.

Die zweite große Haupttabelle orientiert über Höhenlage, Gematungsgröße, über Verteilung des Bodens nach der Kulturart, über Wohngebäude, über die Zahl der Eigentumsgrundstücke, über die Zahl der Pferde, Rindvieh, Ziegen, Schweine, über die landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen, über Almende, über die Zahl der Handwerker, Kaufleute, Fabrikarbeiter usw. in sämtlichen badischen Gemeinden. Vielleicht ist diese zweite Tabelle noch interessanter als die erste, wenigstens das rein wirtschaftliche Standpunkt aus. Fragen über die Zahl der Handwerker in den einzelnen Landesgegenden und Bezirken, über die Verbreitung der Industrie, über die Zahl der Fabrikarbeiterinnen, die außerhalb ihres Wohnortes arbeiten, Fragen nach der Verbreitung des Kaufmannstandes u. a. m. können ohne weiteres aus dieser Gemeindestatistik beantwortet werden; allerdings muß sich der Leser den erläuternden Text hierzu selbst machen, was aber ohne große Arbeit möglich ist.

Das neue Buch des Statistischen Landesamts ist ein unumgänglich notwendiges Nützchen für den Lehrer und Geistlichen, der sich über die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung seiner Gemeinde informieren will; jeder Bürgermeister, jeder Politiker, jeder Volkswirt wird das Erscheinen dieses Buches dankbar begrüßen; für jedermann, dem seine badische Heimat lieb ist, wird es ein wichtiges und aufschlußreiches Nachschlagewerk bilden, aus dem er für die einzelne Gemeinde des Landes die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Beruf und Konfession, nach Bodenverteilung, nach politischer Gesinnung usw. ersehen kann.

Anfragen wegen Bezugs des schon gebundenen Werkes (4,50 M) sind unmittelbar an das Badische Statistische Landesamt in Karlsruhe zu richten.

Zur Wirtschaftslage der badischen Großindustrie in den letzten drei Jahren

Die Gesamtbeschäftigung des Jahres 1926 zeigt den Tiefstand der wirtschaftlichen Konjunktur, aber zugleich auch den Beginn einer neuen Aufwärtsbewegung im Wirtschaftsleben. Nach dem Stand vom 2. August 1926 betrug die Zahl der Fabrikanten mit über 100 Arbeitern 488, also 43 weniger als im Jahr zuvor bei der Volks-, Berufs- und Betriebszählung ermittelt worden waren. Im Lauf des Jahres 1926/27 waren 13 Betriebe genötigt, ihren Betrieb ganz einzustellen; 35 Betriebe hatten ihre Arbeiterzahl vermindert, daß sie aus der Größenklasse mit über 100 Arbeitern ausschieden. Die Abnahme der Arbeiterzahl seit Mitte 1925 beträgt 17 728, d. h. über 10 Proz.; davon waren rund 12 000 männlich und rund 6000 weiblich. Am härtesten wurde von der Krise — wenigstens nach dem Ergebnis der Gesamtbeschäftigung — die Maschinen- und Metallindustrie betroffen, in der sich die Zahl der Großbetriebe um 31 verringert hat; davon entfallen allein 10 auf die Forzhaimer Schmudwarenindustrie. Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie verringerte sich um 6, die Tabakindustrie um 2, die Textilindustrie um 4, die Industrie der Steine und Erden um 5 Betriebe. Wie bei den Betrieben der Metall- und Maschinenindustrie der Rückgang am größten war, so hat sich auch die Arbeiterzahl in dieser Gruppe am stärksten vermindert (rund 11 000), wovon 2600 auf die Forzhaimer Bijouterieindustrie entfallen. Auch in den übrigen Wirtschaftszweigen, in denen die Zahl der Betriebe mit über 100 Arbeitern gleich blieb, ist eine mehr oder minder große Abnahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter eingetreten.

Nach dem Ergebnis der diesjährigen Gesamtbeschäftigung (1. Aug. 1927) ist die Zahl der Großbetriebe von 488 im Jahre 1926 auf 489 im Jahre 1927 gestiegen; die der Arbeiter von 150 629 auf 153 088. Die Zunahme betrug demnach 2459 Personen. Während an männlichen Arbeitern 1158 weniger gezählt worden sind als im Vorjahre, war die Zahl der Arbeiterinnen von 50 186 im Jahre 1926 auf 53 903 im Jahre 1927 gestiegen. Das ist eine Zunahme von 3617 Personen.

Die Ursache für die weitere Abnahme der männlichen und die Zunahme der weiblichen Arbeiter dürfte in der Hauptsache darin zu suchen sein, daß sich die Textilindustrie, in der drei Fünftel aller Beschäftigten Frauen sind, im letzten Jahre in den Großbetrieben günstig entwickelt hat, während die Metall- und Maschinenindustrie — mit Ausnahme der Schmudwarenindustrie — in der neun Zehntel aller Arbeiter Männer sind — einen weiteren Rückgang an Arbeitern aufweist.

Zieht man die einzelnen Industriezweigen in Betracht, so ist eine Zunahme bei den Großbetrieben der Industrie der Steine und Erden, in der Schmudwaren-, Textil-, Papier-, Nahrungs- und Genussmittel-, Tabak- und Bekleidungsindustrie zu verzeichnen. Abgenommen hat, wie schon erwähnt, die Metall- und Maschinenindustrie (mit Ausnahme der Schmudwarenindustrie) und zwar um 3989 Personen, darunter 614 weibliche; ferner sind zurückgegangen die Holz-, Gummi- und Lederindustrie. Die chemische Industrie hat ihren vorjährigen Stand behauptet.

Ein ähnliches Bild zeigt bei den Großbetrieben die Stadt Mannheim, in der nahezu ein Siebentel aller Großbetriebe des Landes liegen und in der über ein Fünftel der Arbeiter beschäftigt werden. Während im Jahre 1925 in 72 Großbetrieben 37 294 Arbeiter vorhanden waren, sind es 1926 nur noch 39 mit 33 537, im Jahre 1927 wieder 72 mit 35 319 Arbeitern.

Extraneerprüfungen an den Höheren Schulen 1928

Die Prüfungen für Schulfremde (Extraneer) an den Höheren Schulen im Jahre 1928 werden — gleichzeitig mit den ordentlichen Reifeprüfungen der Volksschulen und der Schlußprüfungen der sechsstufigen Realschulen — gegen Ende des Schuljahres (vor Ostern) abgehalten werden. Gesuche um Zulassungen zu diesen Prüfungen sind mit den erforderlichen Nachweisen im Laufe des Monats Dezember d. J. beim Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen. Erst nach Ablauf dieser Frist einkommende oder durch nachträgliche Vorlage einzelner Nachweise ergänzte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Zu den Prüfungen für Schulfremde werden nur solche Privatschüler zugelassen werden, welche durch die Staatsangehörigkeit oder den jeweiligen Wohnsitz ihrer Eltern oder deren gesetzlichen Stellvertreter auf Baden angewiesen sind.

Die Zeugnisse über den Vorbereitungsunterricht müssen für die sprachlichen Fächer genaue Angaben über den Umfang der Lektüre enthalten. Bei den naturwissenschaftlichen Fächern müssen die Bescheinigungen erkennen lassen, daß der Vorbereitungsunterricht in diesen Fächern ein experimenteller Unterricht war und unter Benützung naturwissenschaftlicher Sammlungen erteilt wurde. Für alle Fächer sind die Lehrbücher anzugeben, die bei der Vorbereitung auf die Prüfung benützt wurden.

Die Leiter und alle Lehrer der Höheren Schulen werden bei etwaigen Anfragen über die Prüfungen die erforderliche Auskunft erteilen.

Ausbildungskurse für Hebammen

Die nächstjährigen Ausbildungskurse für Hebammen an der Landesfrauenklinik Karlsruhe und an den Hebammenschulen Freiburg u. Heidelberg beginnen am 2. Januar 1928. Gesuche um Zulassung zum Unterrichte an einer der drei Schulen sind bis zum 1. Dezember 1927 an die Direktion der Landesfrauenklinik in Karlsruhe (Raiferallee 10) zu richten. Es werden zur Ausbildung für den Hebammenberuf nur Personen zugelassen, welche das 20. Lebensjahr zurückgelegt und das 30. noch nicht überschritten haben. Darüber ist ein eigener beglaubigter Geburtschein zu erbringen; ferner sind ein bezirksärztliches Gesundheitszeugnis und ein von der Ortspolizei des Wohnortes der Bewerberin ausgestelltes Leumundszeugnis dem Gesuche beizulegen.

Vorkstellungen der Bauernvereine beim Reichsfinanzminister

Aber einen Schritt, den die Bauernvereine beim Reichsfinanzministerium hinsichtlich der neuen Nichtzahlen unternehmen haben, wird uns von unterrichteter Seite aus Freiburg i. Br. wie folgt berichtet:

Wie in früheren Jahren, hat auch heuer eine Besprechung des Landesfinanzamtes mit den landwirtschaftlichen Organisationen stattgefunden, bei der über die Durchführung der Veranlagung der Landwirtschaft zur Einkommensteuer verhandelt wurde. Dabei legte das Landesfinanzamt Nichtzahlen für die Veranlagung vor, die gegenüber den für das Vorjahr geltenden wesentlich höher waren. Dagegen protestierten die landwirtschaftlichen Organisationen, doch das Landesfinanzamt erklärte, sich an die benachbarten Ämter angeschlossen zu müssen. Die landwirtschaftlichen Verbände beharrten jedoch auf ihrem Widerspruch gegen die neuen erhöhten Nichtzahlen. Inzwischen belam man aber Wind davon, daß auch andere Finanzämter die Nichtzahlen gegenüber dem Vorjahr erhöht haben. Daraus ergibt sich die merkwürdige Tatsache, daß allgemein eine Angleichung „nach oben“ stattfindet. Dadurch müßten sich für viele Landwirte Nachzahlungen ergeben, weil die Vorauszahlungen auf Grund der alten Bescheide geleistet wurden. Bei den gegenwärtigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen und insbesondere im Hinblick auf die vielfach schlechte Ernte und die schweren Witterungsschäden dieses Sommers würden derartige Nachzahlungen von den meisten Landwirten aber einfach nicht aufgebracht werden können. Die Bauernvereine sind daher beim Reichsfinanzministerium mit einer Eingabe vortrefflich geworden, die den Zweck haben soll, die drohende Neubelastung von der Landwirtschaft fernzuhalten. Es wurde auch das Verlangen gestellt, daß neue Verhandlungen über die Berechnungen der Durchschnittssätze aufgenommen werden und dabei die Gutachten der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen Berücksichtigung finden.

Die Arbeiten an der Heidelberger Stauffe

Die Arbeiten an der alten Brücke zu Heidelberg wurden am Dienstag beendet. Schon ist das alte Bauwerk überflutet und sein Wasserpegel hat sich mit dem Wasserstand außerhalb des Bauwerkes ausgeglichen. Es ist festzustellen, daß sich am Bauwerk der alten Brücke für das Auge des Beschauers nichts verändert hat. Nördlich des Karlsruher Stehennmehrs zwei Lager in endgültiger Tiefe. Die neue Ufermauer wird bereits bis zur Berrenmühle betoniert und mit rotem Sandstein verkleidet. Die Belegschaft arbeitet gegenwärtig mit einer Stärke von 590 Mann. Oberhalb der Mönchsmühle werden die Arbeiten befeuert, da mit Beginn des Eisgangs die Spundwände enisernert sein müssen. Hier sind bereits die obersten Schichten der Mönchsmühlinsel durch Raupenbagger abgetragen.

Lohnbewegungen in Baden

Rückbildungen in der Zigarrenindustrie. Der Streit in der Zigarrenindustrie, der, wie bekannt ist, infolge Ablehnung tarifwideriger Forderungen der Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber in Dresden, Leipzig und Breslau ausgebrochen war, hat infolge auch auf Baden übergegriffen, als die süddeutschen Fabrikanten beschlossen haben, auch ihrerseits wie die anderen Arbeitgeber den Arbeitern zum 29. Oktober auf den 12. November zu kündigen.

Arbeitszeit in der Schmudwarenindustrie. Vom 1. Nov. d. J. beginnt die Arbeitszeit in der Forzhaimer Schmudwarenindustrie morgens um 8 Uhr. Damit entfallen vorläufig auch die Klagen der Geschäftleute, daß sie vor Beginn der Arbeitszeit noch nicht in der Lage sind, zu verkaufen.

Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten an Allerheiligen

Anlässlich Allerheiligen werden am 29., 30. und 31. Oktober sowie am 1. November Sonntagsrückfahrkarten ausgegeben. Die Geltungsdauer der am 29. und 30. Oktober gelösten Sonntagsrückfahrkarten wird bis Mittwoch, den 2. November, vormittags 9 Uhr verlängert. In der Zeit vom Montag, den 31. Oktober, vorm. 9 Uhr, bis nachts 24 Uhr darf die Rückfahrt nicht angetreten werden.

Der 10 000. Kurgast in Badenweiler. Die Kurverwaltung Badenweiler hat dem am 15. Oktober eingetroffenen 10 000. Kurgast der Saison 1927 ein Begrüßungsschreiben nebst einer Schwarzwalduhr überreichen lassen. Es ist dies Geheimrat Dr. theol. und Dr. jur. Mendtorff, Kiel.

Gemeinde-Rundschau

Bevölkerungsbewegung in Karlsruhe im 3. Vierteljahr 1927. Im 3. Vierteljahr 1927 wurden in Karlsruhe 335 Ehen geschlossen, das sind 21 mehr als im 3. Vierteljahr 1926. Lebend geboren wurden in der Berichtszeit 686 Kinder, das sind 11 bzw. 23 bzw. 76 mehr als in den dritten Vierteljahren 1926, 1925 und 1924, aber 27 weniger als in der gleichen Zeit 1918. Von den Lebendgeborenen waren 373 Knaben und 313 Mädchen; ehelich waren 564 und unehelich 123. In der Berichtszeit starben 376 Personen.

Keine Mannheimer Elektrizitätsausstellung für 1929. Trotz aller Bemühungen ist es, wie bereits gemeldet, nicht gelungen, den Zentralverband der Deutschen Elektrotechnischen Industrie für die geplante Mannheimer Elektrizitätsausstellung 1929 zu gewinnen. Da einzelne Vertreter der Mannheimer Industrie die Ausstellung bekämpften und sogar in einer Eingabe an das Deutsche Ausstellungs- und Messamt sich gegen das geplante Unternehmen ausgesprochen haben, so ist die geplante Unternehmung ausgesprochen haben. In der Begründung, daß nicht Mannheim, sondern Frankfurt der geeignete Platz für größere Ausstellungen von Bedeutung in diesem Bezirke sei, billigte der Stadtrat den Vorschlag der Ausstellungs-Gesellschaft, daß die geplante große Elektrizitätsausstellung vorerst fallen gelassen und auf spätere Jahre verschoben wird. Weiter verlautet, daß auf Grund der Erfahrungen mit der Elektrizitätsausstellung der Stadtrat nunmehr beschließen wird, die geplante Gartenausstellung, die allerdings in kleinerem Ausmaße als die Elektrizitätsausstellung vorgesehen war, nicht stattfinden zu lassen. Ein letztes Wort in dieser Frage sei allerdings nicht gesprochen.

24-Stundenzeit bei städtischen Ämtern. Der Stadtrat beschloß, ab 1. November d. J. bei den städtischen Ämtern und Betrieben die 24-Stundenzeit einzuführen.

Die Gemeinde Duggingen als Erbe. Im Bürgerausschuß Duggingen wurde das Testament der in Basel verstorbenen Witwe Weiß eröffnet. Die Verstorbene hat der Gemeinde Duggingen aus Dankbarkeit für die Pflege ihrer kranken Schwester 50.000 Schweizer Franken vermacht, ferner dem Krüppelheim in Bethel 20.000 RM, der Windenanstalt in Ibersheim 20.000 RM. Da nun von einigen Erben das Testament angefochten werden soll, so ermächtigte der Bürgerausschuß von Duggingen den Gemeinderat auf dem Wege des Prozesses die Erbansprüche geltend zu machen.

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. In Bethel bei Bielefeld ist im 71. Lebensjahre Professor Conrad Sutter, ein Meister der Radierung, und hervorragender kunstgewerblicher Schriftsteller, verschieden. Sutter war ein geborener Karlsruher.

Das Denkmal für die gefallenen ehemaligen Badischen Leibdragoner. Der Denkmalsauschuß, dessen Vorsitzender Rittmeister a. D. Freiherr von Seibened ist, hatte am Sonntag nachmittag die Bezirksleiter der Wertanensmänner zu einer Versammlung nach Karlsruhe in den „Deutschen Hof“ eingeladen. Nach vierstündiger Aussprache wurde der Beschluß gefaßt, dem Künstler Professor Escard den Auftrag zur sofortigen Ausführung des Denkmals zu erteilen. Das Denkmal soll eine 2 1/2 Meter hohe, aus Bronze gegossene Reiterstatue (Dragoner zu Pferd) darstellen. Es wird einen würdigen Platz mit malerischer Umgebung am ehemaligen Mühlburger Tor-Bahnhof erhalten. Die Enthüllung des Denkmals soll im Monat Mai oder Juni 1928 vollzogen werden.

Ausstellung und Vortrag Autofraße Ganssstadt-Basel. Zu den Mitteilungen über die nächsten Sonntag, vormittags 11 1/2 Uhr, zur Eröffnung der Ausstellung über die Autofraße Ganssstadt-Basel im großen Konzerthausaal stattfindenden Vorträge ist noch nachzutragen, daß bei diesen Vorträgen auch Lichtbilder gezeigt werden, die das Projekt noch besonders gut veranschaulichen. An die Behörden, die Vereine und die Schulen der Stadt sind weitgehende Einladungen zum Besuch der Vorträge und der Ausstellung ergangen. Freier Zutritt hat auch sonst jedermann.

Zur Badischen Kunstlotterie schreibt der bekannte badische Maler Goebel: Wer es mit dem künstlerischen Nachwuchs gut meint, möge seine Mithilfe diesem Wohlfahrtsunternehmen nicht verjagen. Kunst ist eine kulturelle Aufgabe, ohne welche ein Volk nicht seinen Weg gehen sollte.

Meisterkonzert. Die Kammerfänger Heinrich Knote und Wilhelm Rode, welche demnächst hier ein Meisterkonzert geben, hatten bei der Hinderburgfeier gelegentlich einer Meisterfänger-Aufführung in der Münchener Staatsoper als Balther Stolz und Hans Sachs einen außerordentlichen Sondererfolg. Die Künstler werden in dem Karlsruher Konzert, das Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr im Eintrachtssaale stattfinden wird, Bruchstücke aus den „Meisterfängern“ (3. Akt) zum Vortrag bringen. Vor allen Dingen sei darauf hingewiesen, daß es sich hier um eines der seltenen Konzerte allerersten Ranges handelt, ähnlich denen von Caruso und Patti, mit denen diese beiden Künstler des öfteren von der Presse verglichen werden, und zwar besonders durch den Vortrag ihrer Duette. — Der Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, hat jetzt begonnen.

Badisches Landestheater. In der Aufführung von d'Alberts Oper „Tiefland“ am Freitag, den 28. Oktober sind beschäftigt, die Damen Blank, von Hartung, Seiberlich, Hermsdorff, Paulus und die Herren Rauffötter, Böser, Müller, Witt und Dr. Bucherpennig. Die musikalische Leitung hat Rudolf Schwarz, die szenische Leitung Dr. Hermann Bucherpennig.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Heibelberg, 26. Okt. Im Alter von über 80 Jahren ist heute morgen der frühere ordentl. Professor für Dogmengeschichte, Geh. Kirchenrat Ludwig Kemmer, gestorben. Der Verstorbene hat 30 Jahre lang an unserer Universität gewirkt. Mit dem Namen ist für Heibelberg dauernd die Gründung des theologischen Studienaufbaues verbunden.

D. J. Schwarzhart, 26. Okt. In Anwesenheit von Staatspräsident Dr. Traut und zahlreicher geistlicher Würdenträger fand hier die Einweihung des neuen Frauenhauses des Franziskusheims statt. Das Haus mit seinen vortrefflichen Einrichtungen wurde von den Gästen eingehend besichtigt. Bei einem im Anschluß an den Festakt veranstalteten Essen wurde die Bedeutung des Tages gebührend gewürdigt.

6d. Rühl, 26. Okt. Der Bau des neuen Finanzamtes sowie weiterer 21 Volkswirtschaften soll nunmehr begonnen werden. Gestern wurde die Bauausführung der hiesigen Baufirmen Wurz & Ferkel, Girras & Jankowitz übertragen. Durch Inangriffnahme dieser Bauten wird eine große Zahl Erwerbsloser lohnende Beschäftigung finden.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	27. Okt.		26. Okt.	
	Geld	Beleg	Geld	Beleg
Amsterdam 100 G.	168.36	168.70	168.70	168.04
Kopenhagen 100 Kr.	112.10	112.32	112.29	112.51
Italien 100 L.	22.84	22.88	22.87	22.91
London . . 1 Pfd.	20.37	20.41	20.405	20.445
Neuhof . . 1 D.	4.1830	4.1910	4.1905	4.1985
Paris . . 100 Fr.	16.415	16.455	16.44	16.48
Schweiz . . 100 Fr.	80.64	80.80	80.80	80.96
Wien 100 Schilling	59.05	59.17	59.13	59.25
Prag . . 100 Kr.	12.329	12.419	12.413	12.933

Oberbadische Gas- und Elektrizitätsversorgungsgesellschaft. In der am 25. d. M. im Bahnhofshotel Brauch stattgefundenen Generalversammlung sind nachstehende Punkte der Tagesordnung: 1. Vorlage des Geschäftsberichts und Genehmigung des Rechnungsabchlusses für 1926/27, 2. Erteilung der Entlastung an die Verwaltung, 3. Festsetzung der Verwendung des Reingewinns, 4. Wahlen zum Aufsichtsrat einstimmig genehmigt worden. Die Gesellschaft zahlt für je 100 RM Aktienkapital eine Dividende von 6 RM (im Vorjahre 5 RM). Diese Dividende kann gegen Vorlegung der Gewinnanteilscheine Nr. 4 an der Kasse der Gesellschaft, Börsen-, Wiesenweg 4, erhoben werden. Bei Einreichung von Papiermarkt-Gewinnanteilscheinen sind die zugehörigen Aktienanteile mit vorzulegen. Bürgermeister Kraus, Weil, ist wieder in den Vorstand gewählt worden.

Geflügelcholera im Stadigarten. Die Geflügelcholera im hiesigen Stadigarten ist erloschen. R. 812
Karlsruhe, den 26. Oktober 1927. O.-J. 131.
Bad. Reg. Dist. — Polizeidirektion.

19. Geldlotterie zur Wiederherstellung der St. Lorenzkirche in Nürnberg.

Bei der am 9. und 10. September 1927 stattgehabten Ziehung wurden von den in Baden genehmigten Losen nachstehende Gewinne gezogen: A. Gewinne zu 100 Mark: 91286. — B. Gewinne zu 50 Mark: 16336 38859 50934 91615 98412. — C. Gewinne zu 20 Mark: 16147 30 535 30885 34552 38389 98162. — D. Gewinne zu 10 Mark: 16017 16089 16376 16698 30251 30386 30457 30836 38005 38272 38393 63574 63648 63856 91035 91095 91511 98163 98271 98482 98650. — E. Gewinne zu 6 Mark: 16037 16062 16208 16453 16692 16937 30063 30598 30645 30661 30711 34138 34381 34676 34729 38853 38895 63153 63280 63609 63889 91072 91335 98222 98261 98545 98700 98805 98849 98915. — F. Gewinne zu 4 Mark: 16132 16181 16188 16221 16261 16276 16284 16322 16385 16399 16426 16428 16456 16464 16506 16509 16515 16527 16545 16564 16569 16574 16592 16606 16616 16682 16685 16700 16706 16740 16742 16767 16770 16805 16852 16855 16912 16918 16924 16971 16980 16991 30036 30044 30071 30075 30077 30111 30112 30150 30151 30179 30184 30284 30320 30379 30387 30518 30631 30655 30659 30623 30644 30713 30791 30807 30827 30829 30842 30846 30904 34052 34161 34188 34244 34286 34288 34289 34446 34456 34528 34562 34579 34782 34822 34823 34846 34902 34911 34971 34987 38020 38039 38137 38150 38159 38178 38222 38223 38249 38255 38294 38320 38402 38407 38448 38459 38460 38472 38478 38490 38530 38605 38627 38761 38768 38806 38823 38879 38910 38923 38932 38933 38957 38963 38985 63075 63076 63077 63090 63190 63283 63344 63348 63392 63495 63509 63579 63580 63585 63586 63610 63612 63674 63679 63687 63697 63732 63734 63742 63780 63786 63794 63796 63802 63821 63834 63927 63940 63998 91003 91024 91079 91160 91169 91178 91181 91187 91188 91216 91267 91278 91299 91323 91373 91415 91446 91472 91476 91478 91549 91569 91621 91652 91682 91684 91744 91755 91757 91770 91811 91819 91825 91830 91852 91941 98015 98072 98074 98075 98122 98176 98212 98238 98253 98339 98340 98343 98361 98367 98369 98370 98381 98388 98407 98429 98467 98473 98474 98482 98582 98695 98697 98698 98732 98751 98757 98760 98772 98781 98806 98813 98837 98899 98922 98960 98969 98976 98982 98987. Die Auszahlung erfolgt durch Eberhard Jeger, Karlsruhe i. B., Ostendstraße 6.

Telephon 5599 **COLOSSEUM** Waldstr. 16
Nach großzügig erfolgtem Umbau G. 824
Samstag, 29. Oktober 1927
Wieder-Eröffnung

Freitag
28. Oktober, 8 Uhr, Eintracht
Meister-Konzert
Kammersänger Heinrich Knote
Kammersänger Wilhelm Rode
1. Helden-Tenor der Münchener Staatsoper
Kammersänger Wilhelm Rode
1. Heldenbariton der Münchener Staatsoper
Am Flügel: Carl Elmendorff (Staatsoper München) G. 808
Karten zu 2, 3, 4 und 5 RM bei Kurt Neufeldt Waldstraße 39

Sorgsame Beachtung
in den Kreisen der badischen Beamenschaft findet Ihre Anzeige in der **Karlsruher Zeitung** **Badischer Staatsanzeiger**
Sie liegt im ganzen Lande in jedem Orte auf und gelangt als offizielles Organ der badischen Regierung an alle Ämter und Verwaltungen des badischen Landes

Bekanntmachung.
In der am 24. Oktober 1927 vorgenommenen Wahl durch die Kreisabgeordneten wurde als **Kreisvorsitzender** gewählt: G. 823
Bürgermeister August Schneider in Gaggenau.
Die Wahlakten liegen in der Zeit vom 28. Oktober bis einschließlich 3. November 1927 im Geschäftszimmer der Kreisverwaltung Baden, Lange Straße 33, während der Dienststunden zur Einsichtnahme auf. Innerhalb dieser Frist kann die Wahl von jedem Wahlberechtigten schriftlich oder mündlich, möglichst mit Bezeichnung der Beweismittel beim Unterzeichneten angefochten werden. Baden-Baden, den 26. Oktober 1927.
Der stellvertretende Kreisvorsitzende: Wunder.

Kleider- und Mantelstoffe
Größte Auswahl
Größter Umsatz
Größte Billigkeit
Leipheimer & Mende
G. 818

Festsetzung des am 1. November 1927 fälligen Zinsbetrages für die 6%ige Holzwertanleihe der Gemeinde Wolterdingen von 1923.
Das staatliche Forstamt Donaueschingen hat den Durchschnittspreis für 1 Festmeter Nichtenholz III. Klasse für den der Zinsberechnung zugrunde zu legenden Zeitabschnitt auf 32,02 RM festgesetzt. G. 822
Hieraus berechnet sich der Geldwert für die am 1. November 1927 fälligen Jahreszinsen aus der 6%igen Holzwertanleihe der Gemeinde Wolterdingen auf 1,92 RM je Festmeter. Es werden somit die am 1. November 1927 fälligen Zinscheine nach Abzug der 10%igen Kapitalertragsteuer wie folgt eingelöst:
1 Zinsschein zu den Stücken über 1 Festmeter mit 1,44 RM
1 Zinsschein zu den Stücken über 1/2 Festmeter mit 0,86 RM
1 Zinsschein zu den Stücken über 1/4 Festmeter mit 0,43 RM
1 Zinsschein zu den Stücken über 1/8 Festmeter mit 0,21 RM
1 Zinsschein zu den Stücken über 1/16 Festmeter mit 0,17 RM
Die Einlösungsstellen sind auf den Zinsscheinen bezeichnet.
Wolterdingen, den 26. Oktober 1927.
Der Bürgermeister: Gauger.

Les Bücher Wissen zu Macht!
Pedro Witt
Rando Rauffötter
Knecht Gröbinger
Anfang 8 Ende 10%
I. Rang und I. Speerfisch 7 RM.
Sa. 29. Okt.: Neu einstudiert: **Die Frau von Messina.**
Sa. 30. Okt., nachmittags: **Sylvia**; abends: **Die verkaufte Braut.** Im Konzerthaus: **Spiel im Schloß.**
Freihändler **Ruhholzerlauf**
Forstamt **Gerrenwies** in Forbach (Baden), Freitag, 4. November 1927: 3000 Fm. Nadelstammholz. Losbezugszeichen durch das Forstamt (Herrn auf Forbach 15). R. 811
Freihändler **Startholzerlauf**
des Forstamtes II in Forbach (Baden) aus den schifferschaftlichen Waldbürtreibern Kaltenbach, Giedberg, Herrenbronn u. Hornwald, 3000 Fm. La- u. Fichtenstämme u. -abschnitte I. u. II. Kl. Entgegennahme der Gebote bis spätestens zum 3. November. Losbezugszeichen durch das Forstamt.

Druck G. Braun, Karlsruhe